

Pulsnitzer Wochenblatt

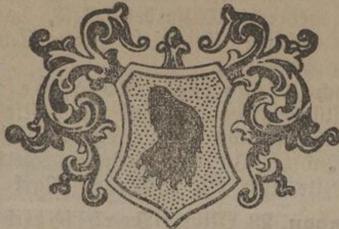
Kernsprecher 18. Tel.-Abt. Wochenblatt Pulsnitz
Postfachkonto Dresden 2138. Girokonto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentl. M 325 000 000 bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich M 320 000 000; durch die Post monatlich M — freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen: Die sechsmal gespaltene Petitzeile (Moffe's Zeilen-
maße 14) M 70.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M 50.—,
Amtliche Zeile M 210.— und M 150.—; Reklame M 150.— bei sofortiger
Zahlung. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser
Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt
der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. —
Beilagengebühr M 4000.— pro Tausend. — Schlüsselzahl zurzeit 2 Millionen.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Sa. 1. und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Dölling, Großbröhrsdorf, Brettnitz, Hauswalbe, Dorn, Obersteina, Niedersteina,
Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Wismarplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. S. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr) Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 127.

Donnerstag, den 25. Oktober 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Erweiterte Steuererhebung durch die Finanzkasse.

Vom 1. November 1923 ab wird die Reichseinkommensteuer von der Finanz-
kasse des unterzeichneten Finanzamtes erhoben werden. Das Gleiche gilt für die Rhein-
Ruhr-Abgabe, für die sächsische Gewerbesteuer, soweit sie vom Finanzamt veranlagt
und für Rechnung des sächsischen Staates erhoben wird, sowie für die alte sächsische Ein-
kommen- und Ergänzungssteuer. Alle Zahlungen an die Reichseinkommensteuer — einschließ-
lich der Vorauszahlungen — an Rhein-Ruhr-Abgabe, an sächsischer Staatseinkommen- und
Ergänzungssteuer, sowie an staatlicher Gewerbesteuer, an dieser Steuer jedoch nur, soweit
der Steuerbescheid vom Finanzamt ausgefertigt worden ist, d. h. dessen Unterschrift trägt,
sind ab dem 1. November 1923 ab nicht mehr an die Gemeindekasse — Ortshebe-
stelle —, die zur Entgegennahme von derartigen Zahlungen nicht mehr berechtigt sind, son-

dern an die Finanzkasse zu leisten. Auch bei dieser Gelegenheit wird auf die großen Vor-
teile des bargeldlosen Zahlungsverkehrs für die Steuerpflichtigen besonders hingewiesen
und dringend empfohlen, alle Zahlungen an die Finanzkasse künftig nur noch durch Ueber-
weisung auf das Konto der Finanzkasse Nr. 10 bei der Girokasse der Gemeinde Ramenz,
auf das Postcheckkonto Nr. 5973 bei dem Postcheckamt Dresden oder durch Ueberweisung
von Schecks, die auf die Kamenzener Bank, auf die Commerz- und Privat-Bank Filiale
Kamenz und auf die Girokasse Ramenz gezogen sind, zu bewirken. Unbedingtes Erfor-
dernis ist allerdings, daß gleichzeitig mit der Ueberweisung Name und Wohnung des
Steuerpflichtigen, Steuerart und Steuerjahr, Steuerbezirk sowie Nummer der Hauptsteuer-
liste (Zugangsliste) und des Sollbuchs nach den Angaben in dem Steuerbescheid deut-
lich mitgeteilt werden.

Ramenz, am 24. Oktober 1923.

Das Finanzamt.

Das Wichtigste.

Ministerpräsident Jäger gab im sächsischen Landtag die Er-
klärung ab, daß die sächsische Regierung das Volkwerk
der Republik im ganzen Reich sein und bleiben werde.
Man rechnet damit, noch in dieser Woche wertbeständige
Zahlungsmittel ausgeben zu können.
Die für nächsten Freitag einberufene Plenarsitzung des Reichs-
tages wird verschoben.
Das Reichskabinett ist gestern abend zu einer Sitzung zu-
sammengerufen, um Maßnahmen auf Sicherung der Le-
bensmittelversorgung zu beraten.
Im Senftenberger Braunkohlengraben ist am Dienstag früh
der Generalkrieg ausgebrochen. Die Notstandsarbeiten
werden berichtet. Es melden sich zahlreiche Arbeitswillige,
zu deren Schutz besondere polizeiliche Vorkehrungen ge-
troffen worden sind.
Goldrechnung im Postcheckverkehr soll bereits ab 1. No-
vember bei den Postcheckämtern eingeführt werden.
In Hamburg ist ein kommunistischer Aufstand blutig nieder-
geschlagen worden.
Der für Kottbus anberaumte Parteitag der Deutschösterreichischen
Freiheitspartei ist verboten worden, da er eine Gefähr-
dung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit darstellt.
München, München-Gladbach und Wiesbaden sind von der
deutschen Bevölkerung von den Sonderbündlern befreit
worden.

Der sächsische und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Vortragsabend.) Die Wahl-
bewegung zur Gemeinderwahl hat begonnen. Auch
die Siedler, Bodenreformer und andre Verbände mit
verwandten Zielen wenden sich an die Bevölkerung,
um ihrerseits Wege aus der Not zu zeigen. Es ist
ihnen gelungen, zwei der berühmtesten deutschen
Bodenreformer und Siedlungspolitiker zu einem Auf-
tragsabend für Sonnabend, den 27. Oktober abends
8 Uhr im Herrnhäuseraal zu gewinnen. Landtags-
präsident Pöus aus Dessau-Anhalt, unter dessen Füh-
rung dieses Land zu einem bodenreformerischen
Musterstaate umgestaltet wurde, wird über „Gemeinde-
politik und Siedlungswesen“ sprechen. Seine Ge-
danken und Ratschläge über Bodenreform, Wohnungs-
reform, Lebensreform werden jedem Besucher ein
Erlebnis bedeuten. Regierungsrat Wagner Dresden
behandelt „Die politischen Parteien und das Sied-
lungswesen“. Als Mitarbeiter im Heimstättenamt
der deutschen Beamenschaft und bei der Vorbereitung
der sächsischen Boden- und Siedlungsgesetze steht ihm
auf diesen Gebieten reiche Erfahrung zur Seite. Es
sei auch an dieser Stelle nochmals auf diese wichtige
und interessante Veranstaltung hingewiesen.

Pulsnitz. (Neue Eisenbahnfahrpreise.)
Die Eisenbahnpreise im Personen- und Güterverkehr
werden ab heute, den 25. Oktober, abermals erhöht.
Die Schlüsselzahl für den Personenverkehr beträgt
1,5 Milliarden, bisher 600 Millionen, und für den
Güterverkehr 3 Milliarden, bisher 1 Milliarde. Eine
Fahrt nach Dresden in der 3. Wagenklasse kostet ab
heute 1,950 000 000, in der 4. Klasse 1,350 000 000.
Beider waren wir nicht in der Lage bereits in der
Dienstagnummer von dieser Erhöhung Mitteilung
machen zu können, da wir weder aus Dresden noch
von der hiesigen Verwaltung eine Mitteilung
über eine bevorstehende Preiserhöhung erhalten ha-
ben. — Der Reichsverkehrsminister Deser hat ange-
ordnet, daß das Eisenbahnwesen, daß die Reisenden
von der Möglichkeit der Verbilligung der Fahrkarten
auch den nötigen Gebrauch machen können.

Pulsnitz. (Verein für Volksbildung)
Ein seltsamer Genuß steht am 7. November bevor.
Alfred Meyer vom Staatstheater in Dresden, einer
der bedeutendsten Charakterdarsteller Deutschlands, ist
für einen „Seitenern Abend“ gewonnen. In jeder
Zeit tun jedem zwei Stunden echter Humor not. Der
Abend kann aber der hohen Unkosten wegen nur ver-
anstaltet werden, wenn der Verein mit mindestens
3—400 Hörern rechnen kann. Darum zeichne sich
jeder, der zu kommen beabsichtigt und lieber auf seine
Kosten kommen wird, in eine der in der Commerz-
bank, in der Schule und in den Konsumvereinen
ausliegende Liste ein.

(Seht die Wählerlisten ein!) Sie
liegen nur noch bis nächsten Sonntag aus. Die dies-
jährigen Gemeinderordnetenwahlen sind von ganz
besonderer Bedeutung für die Städte, da die neue
Gemeinderverfassung bekanntlich sehr durchgreifende
Veränderungen der bisherigen Verhältnisse mit sich
bringt. Deshalb darf kein Wähler am 18. Novem-
ber fehlen. Dazu ist erste Voraussetzung die Auf-
nahme in die Wählerliste. Wahlberechtigt sind alle
männlichen und weiblichen über 20 Jahre alten Deut-
schen, die nicht aus gesetzlichen Gründen ausgeschlossen
sind. Die Wählerliste liegt nur noch bis Sonntag,
28. Oktober in der Ratskanzlei zur Einsicht aus. Es
empfiehlt sich, die Einsicht in die Wählerliste nicht
bis zum letzten Tag zu verschieben, damit ein längeres
Warten vermieden wird.

(Verdoppelung der Erwerbslosen-
unterstützungen.) Auf Anordnung des Reichs-
arbeitsministers werden die Gemeinden angewiesen,
die am Donnerstag fälligen Vorschläge auf die Erwerbslosen-
unterstützungen auf die Woche vom 22.—27. Oktober
nicht in einfacher sondern in doppelter Höhe des für
die Woche vom 15.—20. Oktober zuständig gewesen
Unterstützungsbetrages auszuführen.

(Der Aufruf des Ernährungs-
ministers.) Der neue Reichs-Ernährungsminister
Graf Ranitz veröffentlicht einen längeren Aufruf an
die Landwirte, ihm bei seiner unsagbar schweren Auf-
gabe, schnellstens zu helfen. Dieser Aufruf wieder-
holt in dringenden Worten das, was der Reichsland-
bund schon vor längerem und wiederholt den Acker-
bauern ans Herz gelegt hat. Der warmherzigste
Appell kann freilich die Tatsache nicht aus der Welt
schaffen und darf an ihr nicht vorbeigehen, daß das
unleugbare Elend in den Städten, nämlich in den
größeren, auf die Zerrüttung unseres Geldwesens
zurückzuführen ist. An der Währungsseite also muß
der Hebel angelegt werden, um eine Aenderung her-
beizuführen. Eine parteipolitische Bindung der Land-
wirtschaft, auf die Graf Ranitz in seinem Aufruf
anspielt, kommt betreffs der Dieserplicht nicht in
Frage. Allein die Nichtberücksichtigung der erforder-
lichen wirtschaftlichen Belange hat die katastrophale
Zuspitzung der städtischen Ernährungslage verschuldet.
Im übrigen ist die Frage der Beschaffung von Nah-
rungsmitteln für das hungernde Volk keine partei-
politische. Das Brotgetreide wird nicht dem gegen-
wärtigen Reichskabinett geliefert, sondern der städtischen
Bevölkerung, die mit der ländlichen auf Gedeih und
Verderb verbunden ist und bleibt. Deshalb kann

dem Aufruf des Grafen Ranitz nur weitgehender Er-
folg gewünscht werden.

(Der Dollar 100 Milliarden!) Es
hat sich wieder einmal gezeigt, daß die Börse die
unpatriotischste Einrichtung ist, die man sich über-
haupt vorstellen kann. Aus inneren und äußeren
Schwierigkeiten des Landes und Volkes wird scham-
los Kapital geschlagen. In dieser gegenwärtigen
Notstunde des deutschen Reiches hat das Spekulan-
tium nichts eiligeres zu tun, als sich in Sicherheit
zu bringen, das Reich auch noch von der wirtschaft-
lichen Seite her zu unterhöhlen, und die Mark in
abgrundtiefe Tiefen zu schleudern. So ist es jetzt da-
zu gekommen, daß der Dollar bis zu 80 und 100
Milliarden Mark „gesprochen“ worden ist. Die New-
yorker Notierung hat eine geradezu groteske Form
angenommen. Eine Goldmark schwankt jetzt zwischen
10 und 25 Milliarden, eine Papiermilliarde ist kaum
mehr fünf Friedenspfennige wert. Die Ankündigung
der Festmark hat in den Spekulantenkreisen gar nichts
anderes bewirkt, als daß man sich jetzt nur noch um
so rascher von der Papiermark trennt.

(Gefährdung der Strom-Verfor-
gung der Oberlausitz) Die Direktion der
Staatlichen Elektrizitätswerke in Hirschfeld teilt mit,
daß die Gewerkschaft der Hirschfelder Braunkohlen-
werke beschlossen hat, sich dem Streik der mitteldeut-
schen Braunkohlenwerke anzuschließen. Das sächsische
Arbeitsministerium ist um Vermittlung angerufen
worden, da eine Gefährdung der Stromversorgung
der ganzen Oberlausitz zu befürchten ist.

(Das Finanzamt Ramenz) verlegt
Freitag, den 26. des. Mts., seine Diensträume von
Wettinstraße 4 nach Kasernenstraße — ehemaliges
Kazarettgebäude. Es werden an diesem Tage nur
ganz dringliche Dienstgeschäfte erledigt.

(Für Imker.) Wie der 1. Vorsitzende des
Sächsischen Bienenwirtschaftlichen Hauptvereins, Herr
Oberlehrer Behmann in Kaufsowitz bei Elstra, mit-
teilt, ist infolge der furchtbaren Geldentwertung die
Hauptvereinskasse vollständig geleert; es wird deshalb
von jedem Mitgliede eine sofortige Umlage von
500 000 Mark erhoben, welche mittels Postcheckkontos
Nr. 692 an den Hauptvereins-Geschäftsführer Herrn
Pfarrer B. Brendler in Frankenthal bei Bischofswerda
einzuzahlen ist. Die dreimaligen Gesuche um eine
Nachlieferung von Winterzucker für 1923 sind vom
Reichsminister für ganz Deutschland abgelehnt wor-
den! Die Zuderbelieferung für 1924 wird zur Zeit
noch vom Deutschen Imkerbunde bearbeitet; der
Hauptverein wird dann sofort die nötigen Maßnah-
men zur Erlangung des Zuckers treffen. Auf der
Vertreter-Versammlung der Vereinigung Deutscher
Imker Verbände in Kiel am 28. und 29. September
war auch der Sächs. Hauptverein durch Herrn Lehrer
P. Thiel-Borlas bei Rabenau, vertreten; derselbe ist
zugleich 1. Vorsitzender der Haftpflichtversicherung,
deren Kassen ebenfalls geleert sind, jedoch Entschäd-
gungen nicht mehr gezahlt werden können. Um dies
wieder zu ermöglichen, wird von jedem Mitgliede
eine Nachzahlung von 50 000 Mark bis 1. November
dieses Jahres erhoben. Die nächste Tagung findet
1924 in Marienburg in Westpreußen statt. — Die
Vertreter-Versammlung des Sächsischen Hauptvereins

findet am 9. Dezember d. J., vormittags 11 Uhr in Dresden statt. Auf ihr sind neu zu wählen der 1. Vorsitzende, Herr Oberlehrer Behmann-Kauschwitz, der Leipziger Kreisvorsitzende, Herr Oberlehrer Sachse-Beipzig und der stellvertretende Vorsitzende des Dresdener Kreises, Herr Oberlehrer Behnisch-Dresden. Als Beitrag für 1924 wird von jedem Mitgliede 1 1/2 Pfund Honig in Natura erhoben. Ferner ist beantragt: die Rechtsfähigkeit für den Hauptverein, Schaffung einer Entschädigungsklasse gegen Frevler, Feuer- und Wasserschäden, die Wertbeständigkeit des Hauptvereinsvermögens, in Jahren, wo keine Landesausstellung stattfindet, tagt eine Vertreter-Versammlung; Festlegung des nächstjährigen Tagungsortes, Zuckerbezug 1924, Genossenschaftsfrage, Richtlinien für die Preisstandshauen und Aushändigung der Preise von 1922 und 1923 werden ebenfalls mit behandelt, sodas eine reiche Delegationenabsendung seitens der angeschlossenen Zweigvereine, welche aber die Kosten selbst tragen müssen, geboten erscheint.

— (Unser täglich Brot gib uns heute!) Die Sorge ums tägliche Brot steigert sich von Tag zu Tag, sie wird wohl auch die schlimmste werden in den kommenden Wintermonaten und es wird mehr als einmal geschehen, das nicht die Hausfrauen allein, denen die Brotsfrage die Tagesfrage ist, sondern wir alle uns die Brotkarte der Kriegs- und Nachkriegszeit zurückwünschen, denn — da hatten wir Brot! Jetzt ist es so, das viele Bäckereien ihre Mehlvorräte aufgebraucht haben. Der Neuankauf macht ihnen aber insofern Schwierigkeiten, als sie infolge des ständigen Steigens der Mehlpreise mit dem Erlös für ihre Ware nur noch geringere Mehlmengen kaufen können. Dadurch wird die Leistungsfähigkeit der einzelnen Bäckereien eine immer mehr verminderte und es kann wohl dazu kommen, das infolge Mehlmangels wegen zu geringem Betriebskapital manche Bäckereien zum völligen Stillstand genötigt sein werden. Trübe Zukunft liegt vor uns. Je eher wir zu einer weitbeständigen Währung gelangen, umso eher ist eine Aufbesserung der Verhältnisse zu erwarten. Dabei immer vorausgesetzt, das nicht durch innere Unruhen neue Erschwernisse gegen die wirtschaftliche Gesundung heraufbeschworen werden.

— (Mundzucker-versorgung) Zucker alter Ernte darf von jetzt ab vom Großhandel an den Kleinhandel über den durch Bezugsausweis nachgewiesenen Bedarf hinaus und vom Kleinhandel an die Verbraucherschaft auch frei abgegeben werden. Dem Kleinhandel wird jedoch die gleichmäßige Berücksichtigung der Verbraucher zur Pflicht gemacht. Vor allem haben die Kleinhändler dafür zu sorgen, das Kunden, die ihren auf die laufende Zuckerkartenabschnitte bisher nicht abgehoben haben, voraussichtlich aber noch abheben werden, ihn auf Anfordern erhalten. Kunden, die bisher ihren Zucker bei ihm entnommen haben, hat ein Kleinhändler vor anderen zu berücksichtigen. Diese Verpflichtungen gelten sinngemäß auch für die Konsumgenossenschaften.

Ottendorf-Okrilla. (Ein Familiendrama hat sich im Grundstücke des Tischlers Gustav Fiebig, hier, Förstereistraße, ereignet. Der Genannte, ein seit Jahren leidender Mann, hat seine an einer unheilbaren Geisteskrankheit leidende Ehefrau in den Vormittagsstunden des vergangenen Mittwoch erdrosselt und sich selbst dann durch Erhängen entleibt. Der Grund der graufigen Tat, die Fiebig mit voller Ueberlegung ausgeführt haben muß, dürfte darin zu suchen sein, das das Leiden seiner Ehefrau und sein krankhafter Zustand ihm das Leben zur Qual werden ließen. In einem Schreiben an den Gemeindevorstand wünscht F. ein gemeinsames Grab und bittet darum, alle möchten ihm dem Unglücklichen vergeben.

Dresden, 23. Oktober. (Radikalisierung in der BSB.) Bei der Neuwahl des Bezirksvorstandes für den Kreis Ostachsen der BSB sind sämtliche bisher darin tätig gewesenen Mitglieder beiseite und durch die beiden ehemaligen Unabhängigen, dem linken Flügel angehörenden Parteimitglieder Edel und Wedel ersetzt worden.

Dresden. (Ein bemerkenswerter Erfolg des Generalleutnants Müller.) Auf Anregung des Generalleutnants Müller haben Handel, Industrie und Bankwelt des Freistaates Sachsen, um der dringenden Not in der Kartoffelbeschaffung abzuhelfen, sich bereit erklärt, einen größeren provisorischen und zinsfreien Kredit in wertbeständigem Gelde zur Verfügung zu stellen. Dieser Kredit wird von einem besonderen Konfinkommando verwaltet und unter Mitwirkung des Wehrkreiskommandos dem legitimen Kartoffelhandel gewährt werden, der sich bereit erklärt hat, der notleidenden Bevölkerung der Industriebezirke und Großstädte noch vor Eintritt der Frostperiode Kartoffeln zu angemessenen Preisen zu liefern. — Dieser Erfolg des Generalleutnants Müller ist um so bemerkenswerter, als die sich in der gleichen Richtung bewegenden Bestrebungen des kommunistischen Finanzministers Böttcher, wie dieser vor einigen Tagen im Landtage bekanntgegeben hat, bei denselben Kreisen Ablehnung gefunden hatten.

Dresden. (Hoffnungslos.) Am Freitag hat sich in der Talperre Walter ein Verwaltungsinspektor R. von Hauptstaatsarchiv erkrankt, der wegen der gegenwärtigen politischen Zustände in Schwermut verfallen war.

Böbau. (Die Gattin des ehemaligen Kaisers als Aktionärin.) Die Gattin des

ehemaligen Kaisers in Doorn gehört neuerdings zu den Aktionären der Oberlausitzer Zuckerrabrik. Auf ihre Veranlassung hin, hat die Zuckerrabrik bereits Zucker für ihre Hofhaltung in Greiz geliefert.

Schnitz. (Ein nettes Fräulein.) Eine 15-jährige Blumenarbeiterin hatte sich das Scheidbuch ihres Arbeitgebers zu verschaffen gewußt, die Formulare ausgefüllt und mit der nachgeahmten Unterschrift ihres Arbeitgebers versehen. Sie erhob damit auf der Bank mehrere Milliarden Geld, das sie in Wäschereien anlegte. Durch ihr flottes Leben kamen die Fälligkeiten zutage.

Dippach. (Eine freie Rotgenossenschaft.) Zur Unterstützung von Sozial- und Kleinrentners sowie Erwerbslosen wurden hier eine freie Rotgenossenschaft gegründet. In der Gründungsversammlung wurden bereits über 2 1/2 Billionen Mark gependet.

Schandau, 23. Okt. (Vorbildliche Hilfe.) Bedürftige Einwohner unserer Stadt werden durch Mitglieder des Gastwirtsvereins regelmäßig gepflegt. Auch der bisherige Forsthaus-Hotel- und jetzige Bastenpächter bewirtete 100 Kinder und 7 Frauen. Weiter werden im Hotel „Erholung“ durch einen Wohlthäter 100 Kinder, und zwar je 20 an 5 verschiedenen Tagen mit Mittagessen bedient. Derselbe Menschenfreund sorgt einen Monat lang für 30 Sozial- und Kleinrentner, die sich Mittagessen im Hotel „Erholung“ abholen können.

Leipzig. (Reichspräsident Ebert soll aus der BSB ausgeschlossen werden.) In der Sitzung des Kreisvereins der SPD, die am Sonnabend im Leipziger Volkshaus tagte, wurde ein Antrag angenommen, der unter Hinweis auf die Verhältnisse des Reichspräsidenten Genossen Ebert gegen das Parteiprogramm beim Parteivorstand der Ausschluß des Reichspräsidenten Genossen Ebert beantragt.

Ein Aufruf der sächsischen Demokraten.

Dresden, 22. Okt. Die Deutsche Demokratische Landespartei erläßt folgenden Aufruf:

An das sächsische Volk!

Das deutsche Volk erzittert in seinen Grundfesten! Am Rhein und an der Ruhr verzieht ein in seiner Nachgiebigkeit unerfährlicher, erbarmungsloser Feind jeden Beständigkeitsversuch und unterbindet die Schlagadern des Deutschen Wirtschaftslebens. Unter seinem Schutze jagen elende Verräter deutsches Land vom Reiche loszureißen. In Bayern löst sich ein auf Irrwegen wandelnder Partikularismus aus dem Gefüge der Reichseinheit. Not und Elend wachsen im deutschen Lande von Stunde zu Stunde.

Von allen Teilen des Reiches wird der Industriestaat Sachsen durch den wirtschaftlichen Niedergang am schwersten betroffen. Arbeitslosigkeit und Hunger schaffen einen verhängnisvollen Nährboden für die Politik eines verantwortungslosen Radikalismus. Manches von dem, was über die Zustände in unserem Lande in der Welt verbreitet worden ist, war zwar übertrieben, aber doch waren und sind Kräfte am Werke, die den Ruf Sachsens als eines hart schaffenden Landes mit gefestigter staatlicher Ordnung zu vernichten drohen, Kräfte, bei deren ungebundener Auswirkung die letzten Reste der Wirtschaft und der Staatsautorität verschwinden müssen. Der Untergang weiterer Schichten des werktätigen Volkes und das politische Chaos würden die naturnotwendige Folge sein.

Die Reichsregierung hat sich entschlossen, Sachsen zu Hilfe zu kommen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung hat sie ihre Machtmittel zur Verfügung gestellt. Pflicht aller besonnenen Kreise ist es, dafür zu sorgen, das sie nicht zum Einsatz zu kommen brauchen. Das kann nur erreicht werden, wenn alle, die dazu in der Lage sind, es als heiligstes Gebot betrachten, die Not zu lindern.

Ihr Industriellen, haltet eure Betriebe solange aufrecht, als es irgend geht! Ihr Landwirte, liefert eure Kartoffeln und euer Getreide so schnell als möglich in die Städte, wo der Bedarf am größten ist. Denkt nicht allein an den momentanen materiellen Gewinn, sondern an eure sittlichen Pflichten gegen euer Volk. Laßt den Terror einzelner nicht die Gesamtheit entgelten. Denkt daran, das eine zusammenbrechende Wirtschaft auch euch unter ihren Trümmern mitbeigräbt. Ihr Arbeiter, hört nicht auf landfremde Demagogie und gewissenlose Hezer, vernichtet nicht durch wilde Streiks die letzten Arbeitsmöglichkeiten, vertraut euch euren besonnenen, in langer und harter gewerkschaftlicher Schule bewährten Führern an. Ihr Minister, Ihr Abgeordnete in Parlament und in den Gemeindevertretungen, laßt ab von dem widerlichen politischen Tagesgeiz. Es bringt den Hungernden kein einziges Gramm Brot; stellt eure Beisten in die vordersten Reihen, fählt euch als Sachwalter der Schicksalsgemeinschaft eures Volkes; redet nicht und freitret nicht, sondern arbeitet Tag und Nacht in dem heißen Bemühen, Helfer in der Not zu sein!

Ihr Alle, die ihr euch als Deutsche fählt, haltet fest am Deutschen Reiche, dem Erbe unserer Väter, der Hoffnung für unsere Kinder, der einstigen Grundlage, auf der sich wirtschaftlicher und nationaler Wiederaufstieg des Reiches und jedes einzelnen von uns allein denkbar ist. Schützt und stützt das Reich und seine Staatsgewalt, denn sie geht von euch, dem Volke aus.

Wir wollen begraben und vergessen, was uns trennt. Gemeinsam ist unsere Not, gemeinsam sei unser unbesiegbare Wille, sie zu überwinden. Jeder ist selbstverantwortlicher Träger des Schicksals seines Volkes!

Dresden, den 21. Oktober 1923.

Die Deutsche Demokratische Landespartei
gez. Dr. Kütz, M. d. L.

Vormarsch der Reichswehr in Sachsen

Dresden, 23. Oktober. Ueber den Vormarsch der Truppen im Freistaat Sachsen erfahren wir weiter: Die Truppen des Generals Felsch sind am 23. d. M. bis Pirna-Niederseibitz-Pöschappitz, mit Kavallerie bis westlich Wildbrunn und südlich Tharandt vormaligiert. Die Truppen des Generals von Debesur haben die Gegend Grimma-Bad Naußl-Borna, die des Obersten Fochtenbach Delsitz und Plauen erreicht. Beim Einmarsch des zu den Truppen des Generals Felsch gehörenden 2. Bataillon Inf. Reg. 10 in Pirna kam es zum Zusammenstoß mit einer jöhlenben und pfeifenben, meist aus radikaler Jugend bestehenden Menge, die der Truppe den Weg versperrte und trotz mehrmaliger Aufforderung nicht auseinander ging.

Die Reichswehr machte von der Schußwaffe Gebrauch und wurde gleichzeitig aus einem Hause am Markt beschossen. Die Truppe hatte keine Verluste. Von den Demonstranten wurde einer erschossen und zwei verletzt. Die Ordnung wurde wieder hergestellt.

Der Vorbemarsch der am 23. Oktober durch Dresden marschierenden preussischen und sächsischen Truppenteile — 4. Bataillon Infanterie, 1 Eskadron, 5. Batt. — vor General Müller, hatte eine große Zuschauermenge auf die Beine gebracht. Die Truppen wurden freudig begrüßt. Gegen einzelne radikale Schreier wurde von der Truppe eingegriffen und zur vorläufigen Festnahme geschritten. Ernstere Zwischenfälle kamen nicht vor.

Wie notwendig es ist, in Südwestsachsen durch Reichswehr Ordnung zu schaffen, zeigen folgende Nachrichten: Nach größeren Demonstrationen hält in Annaberg seit dem 22. Oktober abends eine 5 bis 600 Köpfe starke Menge das Rathaus besetzt. In Chemnitz fanden am 22. Oktober trotz des Ausnahmezustandes große Demonstrationen, die bis nachts dauerten, statt.

Aufruf

des Landesauschusses der BSB., des Landesauschusses des NSD., und des NSa.

An die Bevölkerung Sachsens erlassen die Ausschüsse einen Aufruf in dem es u. a. heißt: Die Situation ist aufs äußerste zugespitzt. Zu der wirtschaftlichen Not gesellt sich der politische Druck durch die unbegründete Reichsregulativ. Während Bayern seine verbrecherischen Anschläge gegen die Reichseinheit unbehelligt führen kann, marschieren im verfassungstreuen Sachsen die Reichswehr, angeblüh um Ruhe und Ordnung, die in Wirklichkeit niemals gestört wurde, wieder herzustellen. Diese unterschiedliche und ungerechte Behandlung hat nicht nur die Arbeiterklasse auf tiefe Erregung, sondern auch Empörung bis in weite Kreise des Bürgertums hineingetragen. Der Aufruf fordert dann die Arbeiterschaft zur Besonnenheit auf. Provokateure setzen an Werke, um zu Torheiten zu verleiten, dem Militär Anlaß zum Einschreiten zu geben, um den Widerstand der Arbeiter in einem Blutbad zu erstickend und den Sturz der sozialistischen Regierung herbeizuführen. Wilde Einzelaktionen bedeuten Zersplittern der Kräfte, Stärkung des Gegners und endgültige Niederlage der Arbeiterklasse. Zersplittert seid ihr nicht, vereint alles! Heißt es in dem Aufruf. Haltet euch bereit! Seht euch mit ganzer Kraft ein, wenn ihr zum Kampfe aufgefordert werdet. Erwartet die Parolen der Parteien und gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 25. Oktober. (Ein Mahnruf der Wirtschaftsverbände zur Einigkeit.) Der deutsche Handwerks- und Gewerbelammertag, der deutsche Industrie- und Handelstag, der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Reichsverband des deutschen Handwerkes und der Reichsverband der deutschen Industrie, der Reichsverband der Privatversicherungen, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeververbände, und der Zentralverband des deutschen Einzelhandels haben folgenden Mahnruf erlassen: Wir halten es für unsere Pflicht in diesem Augenblick schwerster Not des Vaterlandes machend unsere Stimme zu erheben: Nur durch die wirtschaftliche politische und kulturelle Einheit ist das deutsche Reich groß und mächtig geworden. Nur durch diese Einheit war es möglich einer stets wachsenden Bevölkerung Brot und Arbeit zu verschaffen. Jetzt in der Zeit des Unglücks hieße es, den Tod der Wirtschaft herbeizuführen, hieße es Hoffnungen auf einen Wiederaufstieg zu begraben, wenn nicht des Reiches Einheit und sein einheitliches Wirtschaftsgebiet gewahrt bleiben.

Berlin, 24. Oktober. (Verschiebung der Reichstagsitzung.) Bezeichnend für den außerordentlichen Ernst der innenpolitischen Lage ist, das innerhalb der Mehrheitsparteien des Reichstages der Wunsch aufgetaucht ist, die ursprünglich auf dem 26. Oktober festgesetzte Plenarsitzung des Reichstages vorläufig zu verschieben um nicht noch die bestehenden Schwierigkeiten durch parlamentarische Verhandlungen zu erweitern. Wahrscheinlich wird die Regierung zusammen mit den Mehrheitsparteien die Verschiebung der Reichstagsberatungen vorschlagen, wogegen natürlich ein Protest der Deutschnationalen zu erwarten ist. Maßgebend für diese Verschiebung der Reichstagsberatungen ist sicher in erster Linie die Tatsache, das auch die heutigen Beratungen des Reichsrates über die Bayernfrage keine Klärung der schwebenden Konflikte bringen können.

Berlin, 24. Oktober. (Hergt über die politische Lage.) In einer Mittelstandsversammlung der deutschnationalen Volkspartei am Dienstag abend in der Aula des Realgymnasiums von Reutbahn sprach Reichstagsabgeordneter Hergt über die politische Lage. Er erhob zuerst gegen die Regierung Streifenmann den Vorwurf, das sie die Gedanken einer großen nationalen Bewegung nicht vollkommen unter

den Tisch fallen lassen. Heute steht man vor einem Zusammenbruch der Reichsarbeit. Die Regierung Stresemann habe eine beinahe zahllose Reihe von Mißerfolgen aufzuweisen. Der schärfste Vorwurf tröfe sie aber in der Bayernfrage. Die ganze Sache hätte politisch angefaßt werden müssen. Eine Verständigung zwischen Bayern und dem Reich könne jetzt nur noch erfolgen, wenn in der Regierung ein vollkommener Kurswechsel stattfindet würde sonst werde die große Koalition die Regierung der Zertrümmerung des deutschen Volkes. Nicht eine deutschnationale eine Partei-Regierung, sondern eine Regierung der Rechten überhaupt müsse gebildet werden. Die Verhandlungen mit Frankreich müssen abgebrochen werden koste es was es wolle. Auch die Stunde der Wirtschaftsverträge sei heute gekommen. Wir brauchen endlich eine Regierung die das Vertrauen der Stetigkeit besitzt. Einer solchen Regierung wird auch gelingen aus der Wirtschaft die Opfer nutzbringend herauszuholen, die uns wieder gesunden Verhältnissen zuführen können.

Berlin, 24. Oktober. (Antrag auf Prüfung deutscher Leistungsfähigkeit. Die Note Deutschlands. Die Note, welche am heutigen 24. Oktober der Repto in Paris durch die deutsche Regierung übergeben worden ist, hat folgenden Wortlaut: Die deutsche Regierung hat der Repto am 13. Januar 1923 davon Mitteilung gemacht, daß sie aus Anlaß der Besetzung des Ruhrreviers die Reparationszahlungen an die, an der Besetzung beteiligten Mächte eingestellt hat. Die Repto hat diese Mitteilung mit Schreiben vom 26. Januar 1923 dahin beantwortet, daß sie die frühere Anfrage der deutschen Regierung auf eine neue Regelung der Reparationsfrage als hinfällig betrachte, und daß unter diesen Umständen alle Bestimmungen des Zahlungsplanes vom 5. Mai 1921 in Kraft blieben. Nachdem die deutsche Regierung durch ihre Erklärung vom 26. September 1923 die Bevölkerung des besetzten Gebietes aufgefordert hat, den passiven Widerstand aufzugeben und nachdem sie die im Zusammenhange damit erlassenen Verordnungen und Anweisungen aufgehoben hat ist dabei auch ihrer Entscheidung auf Einstellung der Reparationsleistungen an die, an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächte hinfällig geworden. Die deutsche Regierung stellt daher ausdrücklich fest, daß sie grundsätzlich bereit ist, die Leistungen aus dem Verträge von Versailles wieder aufzunehmen. Andererseits hat jedoch die wirtschaftliche Krise, wie sie sich seit Januar in Deutschland entwickelt hat, der deutschen Regierung tatsächliche Möglichkeiten genommen, jetzt die Selbstmittel aufzubringen, die zur Zahlung der Leistungen aus dem Verträge von Versailles erforderlich sind. Seit den Darlegungen der deutschen Regierung vom 14. und 27. November 1922 ist infolge der Besetzung des Ruhrreviers und der wirtschaftlichen und finanziellen Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrreviers von deutscher Seite in den Hilfsmittel und in der Leistungsfähigkeit Deutschlands eine grundlegende Minderung eingetreten. Die deutsche Regierung hat infolge der dadurch hervorgerufenen Zerrüttung der Wirtschaft und der Finanzen bereits am 11. August 1923, wie der Repto bekannt ist unter grundsätzlicher Anerkennung ihrer Leistungsfähigkeit ihre tatsächliche Unfähigkeit erklären müssen weitere Sachleistungen an die übrigen Mächte zu bewirken. Aus dem gleichen Grunde ist sie auch jetzt tatsächlich außer Stande, die finanziellen Zahlungen dieser Leistungen fortzusetzen oder von neuem aufzunehmen. Die deutsche Regierung stellt daher an die Repto den Antrag gemäß Artikel 234 des Vertrages von Versailles in eine Prüfung der Hilfsmittel und der deutschen Leistungsfähigkeit einzutreten und Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel im einzelnen darzulegen und die Maßnahmen zur Sanierung des Budgets und zur Stabilisierung der Währung mitzuteilen. Die Verordnung über die Erziehung der deutschen Rentenbank, durch die eine Reform der deutschen Währung vorbereitet worden ist, bezieht sich nicht hiermit zur Kenntnis zu bringen. Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis erhalten, daß die technischen Vorschläge ihrer Finanzabteilung zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen hat. Die deutsche Regierung wird ihre Bemerkungen zu den belgischen Vorschlägen demnächst schriftlich mitteilen. Bei der Schwierigkeit der Materie kann es zweckmäßig sein ihren Vertreter Gelegenheit zu geben, sich zu den belgischen Vorschlägen und den deutschen Bemerkungen mündlich zu äußern.

lungen dieser Leistungen fortzusetzen oder von neuem aufzunehmen. Die deutsche Regierung stellt daher an die Repto den Antrag gemäß Artikel 234 des Vertrages von Versailles in eine Prüfung der Hilfsmittel und der deutschen Leistungsfähigkeit einzutreten und Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel im einzelnen darzulegen und die Maßnahmen zur Sanierung des Budgets und zur Stabilisierung der Währung mitzuteilen. Die Verordnung über die Erziehung der deutschen Rentenbank, durch die eine Reform der deutschen Währung vorbereitet worden ist, bezieht sich nicht hiermit zur Kenntnis zu bringen. Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis erhalten, daß die technischen Vorschläge ihrer Finanzabteilung zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen hat. Die deutsche Regierung wird ihre Bemerkungen zu den belgischen Vorschlägen demnächst schriftlich mitteilen. Bei der Schwierigkeit der Materie kann es zweckmäßig sein ihren Vertreter Gelegenheit zu geben, sich zu den belgischen Vorschlägen und den deutschen Bemerkungen mündlich zu äußern.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 23. Oktober 1923.

Die heutige Sitzung des Landtages begann mit der erwarteten Erklärung des Ministerpräsidenten Zeigler über die Maßnahmen der Reichsregierung gegenüber Sachsen. Der Ministerpräsident behauptete, der Einmarsch der Reichswehr sei nicht geeignet, Ruhe und Ordnung zu schaffen, sondern werde nur neue Schwierigkeiten bereiten. Er erwähnte, daß ihm von Berlin die Zustimmung gegeben worden sei, der Einmarsch der Reichswehr nach Sachsen geschehe nur, um Sachsen vor dem Einfall bayrischer Verbände zu schützen, während der Aufruf des Reichswehrkommandeurs etwas ganz anderes bekunde. Nur eine dieser beiden Erklärungen könne wahr sein und es erfüllte ihn mit großer Bitterkeit, daß ihm von Berliner Stellen befohlen und unbewußt unrichtige Auskunft gegeben werde über Maßnahmen, die die sächsische Bevölkerung auf das schmerzliche erschütterte. Mit großer Sorge sehe er, daß das Reich rücksichtslos und oft ohne den erforderlichen guten Willen über Sachsens Lebensinteressen, seine politische Eigenart und seine ihm verfassungsmäßig verbrieften Rechte hinweggehe. Kein Staat habe mehr in der Ära der Verfassung getan, als Sachsen. (Gelächter.) In Berlin scheine nur der Gehör und Achtung zu genieren, der sich über die Verfassung hinwegsetze. Abg. Dr. Schneider fragte den Präsidenten, ob gegen einen solchen Vorwurf gegenüber dem Reich nicht die geschäftsordnungsmäßigen Mittel angewendet werden könnten. Präsident Winkler sagte Nachprüfung dieser Frage zu. Abg. Siwert (Komm.) gab eine Erklärung seiner Partei mit scharfen Angriffen gegen die Reichs- und bayrische Regierung ab, die, wie der Präsident feststellte, eine andere war, als sie dem Landtagsvorstande zur vorherigen Einsichtnahme vorgelegt worden war. Die Erklärung der Regierung soll am Donnerstag besprochen werden. Dann wurde die Vorlage über die Auseinandersetzung zwischen dem Freistaate Sachsen und dem vormaligen Königshause beraten und schließlich an den Rechtsausschuß verwiesen. Dasselbe geschah mit zwei Anträgen der Deutschen Volkspartei über die Verjüngung der sächsischen Bevölkerung mit Lebensmitteln und die Gewährung von Kreditbeihilfen. Der Dresdner Oberbürgermeister Abg. Blüher hielt hierbei in Begründung seines Antrages eine Rede, die große Beachtung fand. Donnerstag, vormittag 11 Uhr soll die Weiterberatung über die Anträge stattfinden, weiter sollen mehrere Vorlagen erledigt werden und die Aussprache über die heutige Erklärung des Ministerpräsidenten stattfinden.

Der Konflikt mit Bayern vor den Ministerpräsidenten.

Der Wille zur Verständigung. Berlin, 24. Oktober. Der Antrag der württembergischen Regierung in einer Sitzung der stimmführenden Mitglieder des Reichsrates, die daraufhin auf heute nachmittag angefaßt worden war, wurde im Laufe des Nachmittags zurückgezogen. An Stelle der Reichsratsitzung fand auf Grund eines neuen Antrages der württembergischen Regierung eine Sitzung der Ministerpräsidenten und der Gesandten der Länder in der Reichskanzlei statt. Der bayrische Gesandte v. Preger erklärte die bayrische Auffassung über die Entwicklungsgeschichte der Verhängung des bayrischen Ausnahmezustandes und der Ernennung des Generalkommissars sowie des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich in einer ausführlichen Rede dar und brachte daran anschließend zum Ausdruck, daß Bayern durch aus reichstreu sei, daß es aber den Wunsch nach einer Milderung der Ueberbannung des unitarischen in der Reichsverfassung habe, der der Grund zu Konflikten schon mit mehreren Regierungen gewesen sei. Danach ergreif der Reichskanzler im Namen der Reichsregierung das Wort und legte die Gründe dar, die den Reichspräsidenten und die Reichsregierung veranlaßt hätten, noch am Tage der Verhängung des bayrischen Ausnahmezustandes auch den Reichsausnahmezustand zu erklären. Die Ernennung einer Persönlichkeit, wie die des Herrn von Kahr zum Generalkommissar von Bayern, habe die Gefahr mit sich gebracht, daß rechtsradikale Kreise in anderen Teilen des Reiches ihre Stunde für gekommen hielten und zu weiteren Schritten verleiteten würden. Ueber der Gefahr sei der Reichsausnahmezustand als Vorbeugungsmittel entgegengestellt worden. Der Kanzler ging darauf ausführlich auf die Entwicklungsgeschichte des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich ein und hob bei aller Würdigung der Schwierigkeiten der bayrischen Regierung hervor, daß die Reichsregierung in ihrem Bestreben nach einer Beilegung des Konfliktes bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Ebenso wie der bayrische Gesandte den Wunsch nach einer Beilegung des Konfliktes zum Ausdruck gebracht habe, ebenso wünsche die Reichsregierung, daß es gelinge, einen Ausgleich zwischen Bayern und dem Reich herbeizuführen. Die Reichsregierung habe die Pflicht, auf eine Erweiterung der Rechte und Pflichten der Länder auf steuerlichem und finanziellen Gebiete hinzuwirken. Bayern stehe es frei, weitere Anträge in dieser Richtung zu stellen. Es sei wohl möglich, daß es dabei auf die Zustimmung anderer Länder rechnen könne. Die Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder billigten einstimmig die Erklärungen der Reichsregierung in einem Beschlusse, in dem es heißt: In dem Konflikte zwischen Bayern und dem Reich stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung. Sie halten eine baldige Regelung der Frage als unbedingt erforderlich. Um derartigen Konflikten für die Zukunft vorzubeugen, verlangen sie die baldige Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen. Im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler halten es die Vertreter der Länder für erwünscht, daß Verhandlungen für die fernere Gestaltung des Verhältnisses des Reiches zu den Ländern im Sinne einer größeren Selbständigkeit der Länder zu geeigneter Zeit eingeleitet werden. Im Anschluß hieran gab der Staatspräsident Sieber dem Wunsche Ausdruck, daß sich das Reich und Bayern ins Benehmen setzen möchten, schnellstens wieder normale Verhältnisse herbeizuführen. Der Reichskanzler erklärte die Bereitwilligkeit der Reichsregierung den Weg der Verständigung zu gehen und mit Bayern eine Einigung herbeizuführen. Die Reichsregierung sei ferner bereit, möglichst bald in Verhandlungen mit den Ländern zu treten, um die Frage der ganzen Selbständigkeit der Länder zu erörtern, wobei selbstverständlich der verfassungsmäßige Weg zu beschreiten sei. Endlich sei die Reichsregierung bereit, sobald es die Verhältnisse gestatten, den Reichsausnahmezustand aufzugeben und den militärischen in einen zivilen umzuwandeln. Am Schluß der mehrstündigen Beratungen dankte der Reichskanzler dem württembergischen Staatspräsidenten für die Initiative zu dieser Zusammenkunft der Staats- und Ministerpräsidenten und Gesandten.

Die Pfalz ein Autonomie-Staat!

Der Vertreter der Rheinlandkommission Major Bouy gab folgende Erklärung ab:

„In Anbetracht dessen, daß der gegenwärtige Zustand nicht andauern kann, ohne schließlich die allerwichtigsten moralischen und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden, in Anbetracht ferner der heutigen unruhigen und gefährlichen Lage in Bayern, ist von heute ab die Pfalz als Autonomie-Staat mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet. Dieser autonome Staat der Pfalz verpflichtet sich feierlich und unbedingt gegenüber der Hohen Internierten Kommission, in Gegenwart und für die Zukunft in strengster Loyalität zur Mit-

Der Weg der Schwester Hanna

Roman von Viola Landt. 1. Kapitel.

Das Fest neigte sich seinem Ende zu. Die Gäste und Zigarren; im Musikzimmer wurde nur noch spärlich Klavier gespielt, ein paar schlafende Walzerstücke wurden zeitweise noch wieder laut, ein letztes Aufklackern der Tanzstühle. Die Diener gingen umher und boten nochmals Hand- und Biskuits an; man wies sie ab unter Gähnen und zerkleimtem Lachen und erhob sich dann ein wenig schwerfällig zu geräuschvollem Abschied. Eine blaue Rauchschleier schwebten in den Räumen, ein nach Rauch, nach Parfüms und welkenden Blumen. In materiellester Ecke saßen vier Damen beisammen und besprachen in aller Eile letztmalig die Vorbereitungen zu einem demnächst stattfindenden Wohltätigkeitsfest. Die Frau von Gerlach, die Dame des Hauses, lachend nach ihrem Tische hin, das ihren Notizzettel barg, sie wollte sich Aufzeichnungen machen. „Hanna, meine Handtasche!“ rief sie ins Nebenzimmer hinein. „Sofort, gnädige Frau“, antwortete eine helle Stimme. Dann trat Hanna ein und überreichte das Gewünschte. Ihre Erscheinung erregte Aufsehen. „Donnerwetter, solche Krabbel!“ schmunzelten die Herren und fliegen sich an. „Was für ein hübsches Mädchen“, raunten die Damen der Entleerten nach. Die junge Witwe lächelte. „Ja Hanna ist ein hübsches Geschöpf. Und dabei eine Perle.“ „Ich habe niemals Perlen als Dienstmädchen“, sagte die Frau Regierungsrat, eine Bemerkung, die verstohlenen Lächeln in der Runde auslöste. Sie war ein stadtbekanntes Dienstmädchen. „Oh, bitte sehr, Hanna ist kein gewöhnliches Dienstmädchen, sie ist eine Perle“, sagte die Frau Regierungsrat, eine Bemerkung, die verstohlenen Lächeln in der Runde auslöste. Sie war ein stadtbekanntes Dienstmädchen. „Oh, bitte sehr, Hanna ist kein gewöhnliches Dienstmädchen, sie ist eine Perle“, sagte die Frau Regierungsrat, eine Bemerkung, die verstohlenen Lächeln in der Runde auslöste. Sie war ein stadtbekanntes Dienstmädchen.

„Was Sie nur immer für Glück haben mit Ihrem Personal, liebe Frau von Gerlach“, wehlagte neidisch jetzt auch die Frau Superintendent. „Leider ist dieses Glück nicht von Dauer. Hanna will mich verlassen. Sie möchte Krankenschwester werden. Ich will und darf ihr nicht daran hinderlich sein.“ Der wohlbeleibte Herr Rosenow, etwas angegrünelt schon und äußerst rebekelt, schob sich mit einem Glas Wodka in der Hand an die Hausfrau heran. „Zum Wohl, meine allergerühmteste Frau. Sagen Sie mal, was war das für ein holdes Wunder, das eben durch Fenster schwebte? Direkt zum Unbehagen! Einfach Buppe!“ Frau von Gerlach wiederholte ihre Erklärungen. Krankenschwester. So, so... Geschmacksverwirrung. Auf die Bühne muß die Kleine. Kabarett! Die geborene Brettlbua!“ Er kniff spitzbüblich die Augen zu, sein feiltes Gesicht glänzte. „Mit diesem Vorschlag werden Sie wohl wenig Glück haben“, bemerkte Frau von Gerlach kühl. Die Gäste verabredeten sich einer nach dem andern. Hanna geleitete die Damen ins Schlafzimmer ihrer Herrin, wo die Garderobe abgelegt war und half ihnen in die Pelze, in die kostbaren Abendmäntel aus Atlas und Filz hinein, härteste Stübchen ab, reichte Haarnadeln und Handspiegel, alles in ihrer ruhigen, bescheidenen und bereitwilligen Weise. Die Damen mußten sich verabschieden und mußten sich heimlich eingestehen, daß dieses Mädchen da im schlichten schwarzen Kleid mit der weißen Mullschürze und dem gemalten Häubchen von einer überragenden Schönheit war, neben der die eigene Erscheinung verblaßte — trotz schillernden Reichtums, trotz leidener, gold- und pelzverdrämter Abendkleider und sprühenden Schmuckes. Alles an Hanna öffnete war von einem wunder-vollen Ebenmaß, einer bezaubernden Ausgeglichenheit. Sie besaß feinste Gelenke, Hände und Füße von ganz erfahrener Schönheit. Von sanfter, klassischer Rundung war ihre hohe Gestalt, langbenimpt, braune Sammetaugen standen herrschend in ihrem Gesicht, ihr jaweres, in Zöpfen um den Kopf gewundenes Haar sprühte Feuerfunken in rötlich lichtigem Blond. Aber das schönste war doch der Mund, dieser kleine, läppige Puppumund mit der wehen, leicht nach unten gebogenen Linie. Im weißen Atlaskleid, eine dunkle Rose vor der Brust, hätte Hanna öffnete eine Prinzessin im Hochzeitsstaat bestäuben können. Und doch stimmte sie aus einem kleinem Flickschneiderladen in der Ermeldorfer Chaussee. So blind und wunderbar bildet das Schicksal seine Geschöpfe. Sie öffnete den Fahrstuhl, fuhr die Gäste hinab ins

Erdgeschloß und öffnete ihnen die Haustür. In der Hand trug sie eine Kerze, das Treppentisch verlagte wieder einmal. Als letzter verabschiedete sich der Kommerzienrat Rosenow. Umständlich zog er seine Brieftasche hervor und wollte Hanna einen Schein zustecken. „Danke“, sagte sie freundlich aber bestimmt, „ich nehme keine Trinkgelber.“ Er schmunzelte verblüfft. „So stolz, mein Fräulein? Nun sagen Sie mal, Kindchen, wann haben Sie denn ein bißchen Zeit für mich? Eine Woche noch bleibe ich hier, dann fahre ich nach München zurück. Wann haben Sie Ausgang? Wollen wir uns treffen im Wartesaal 2. Klasse, Hauptbahnhof... morgen abend? Oder wann? Keine Zeit...? Nicht so spröde, Kleine, es soll Ihr Glück sein.“ Der Kommerzienrat Frh. Rosenow war Mitte der Fünfziger, dickbäuchig, kurzatmig, im Besitz einer rosa-schwarzen Blase. Es war ihm selbst bekannt, daß er nicht als Adonis gelten konnte, aber da die Münzen losfe und reichlich in seinen Taschen klimperten, wußte er sich doch weitgehender Erfolge beim weiblichen Geschlecht zu rühmen. Hier, diesen kleinen rotblonden Venus gegenüber, schien diese Macht zu verfliegen. Er holte sich eine Uhr. Das erbotene das Halberauschten. „Nicht so stolz, Kleine... Kind, hast du eine Haarfarbe! Und diese dicken Böpfe... Komm, zeig her, das frohlebende Blond.“ Er hob die Hand wie zu einer Liebkosung. Da faßte ein Schlag gegen seine Stirn. Die Kerze, die Hanna in Händen hielt, klirrete zu Boden und erlosch. Sie standen beide im Finstern. Schweigend schloß Hanna die Haustür auf. Der Er-nächtete, empfahl sich grüßlos, leise lauchend vor Wut. Langsam, in der Dunkelheit tastete sich Hanna wieder die Treppentufen hinauf. Sie half noch schnell Gläser und Teller beiseite räumen und stellte die welken und zerkretenen Blumen in frisches Wasser. Dann betrat sie das Schlaf-zimmer ihrer Herrin. Frau von Gerlach saß im weißen Friseurmantel vor dem kerzenbestrahlten Ankleidepiegel und erbat Hannas Hilfe beim Bürsten und Flechten der Haare. „Gnädige Frau“, sagte das Mädchen nach einer ganzen Weile, „darf ich denn zum Ersten meine Stellung verlassen?“ Die junge Witwe, eine statliche Dreißigerin, seufzte leicht auf. „Sie wissen, ich halte Sie nicht, mein Kind. Ich möchte Ihnen alles Gute. Aber weshalb sehen Sie denn plötzlich so blaß aus?“ (Fortsetzung folgt.)

arbeit für die Erfüllung sonstiger Verpflichtungen, die zur Garantie der geschuldeten Reparationen und der nötigen Sicherheit Frankreichs erforderlich sind.

Die Pfalz bleibt bei Bayern und dem Reiche.

Speyer, 24. Okt. Die heute morgen nach der Erklärung des Kommissars Louy von der Rheinlandkommission abgebrochene Sitzung des Pfälzer Kreistages wurde nachmittags wieder eröffnet. Der Vorsitzende des Kreistages Dr. Bayernbörger erklärte: Wir haben heute vormittag mit Rücksicht auf die hohe Wichtigkeit der angeschnittenen Frage den Kreistag einige Stunden unterbrochen, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich zu der wichtigsten Frage der Pfalz zu äußern.

Die Pfalzangelegenheit noch nicht erledigt. — Weitere Versuche der Lostrennung.

Speyer, 25. Okt. Die Pfalzangelegenheit dürfte noch nicht erledigt, sondern nur verschoben sein. General De Meig erklärte, daß er diesen Staat haben wolle und ihn auch schaffen werde.

Ausbreitungen und Plünderungen.

Zunehmende Ruhe in Dresden.

Das Presseamt des Polizeipräsidenten teilt folgendes mit: Der 22. Oktober (Montag) verlief im allgemeinen ruhig. Außer Plünderung eines Seifengeschäftes ist nichts vorgekommen.

Unruhen in Hamburg.

In der Nacht zum Dienstag kam es zu schweren Unruhen in Hamburg. In verschiedenen Stellen sind die Wachen der Schupo gestört, die meisten Wachen aber inzwischen bereits durch die von der Zentrale aus eingeleiteten Verstärkungen wieder entsetzt worden.

wichtigen Betrieben verboten und unter schwere Strafe gestellt. Ferner soll auf offenliegende Fenster an der Straßenseite geschlossen werden. Der Freihafen, das Rathaus und andere öffentliche Gebäude sind stark gesichert.

14 Tote und 108 Schwerverletzte die Opfer der Barrikadenkämpfe in Hamburg.

Hamburg, 24. Oktober. Seit Einbruch der Dunkelheit ist der Straßenbahnverkehr vollkommen eingestellt. Die Polizei geht so scharf vor, daß bei Bildung von Menschenansammlungen sofort geschossen wird.

Der Putz im Zusammenbrechen.

Hamburg, 24. Oktober. Es scheint, daß der Kommunismus im Zusammenbrechen ist. Es mußte festgestellt werden, daß es sich dabei nicht etwa um Hungerkrawalle, sondern um einen regelrechten politischen Putzversuch handelt.

Blutige Vorkommnisse in Saarnstadt.

Da sich Montag abend die Menschenansammlungen in der Altstadt wiederholten, wurde von der blauen Polizei mehrmals die Straße geräumt. Bei den Zusammenstößen am Sonntagabend wurden 6 Personen schwer verletzt, darunter ein Kind, das auf dem Wege zum Krankenhaus seinen Verletzungen erlag.

Die Lage in den besetzten Gebieten.

Zusammenbruch des Separatistenputsches in Aachen.

Berlin, 24. Oktober. Die neuesten Mitteilungen, die an amtlicher Stelle in Berlin über die Vorgänge im Rheinlande eingelaufen sind, ergeben ein durchaus günstiges Gesamtbild. Zu betonen ist indessen, daß die Säuberungsaktion in Aachen auch zur Stunde noch nicht ganz abgeschlossen ist.

der Sonderbündler war, setzte die reichstreue Bevölkerung zum Sturm ein, ohne jedoch den gewünschten Erfolg erzielen zu können. Es gab einen Toten und einen Verwundeten. In der Nacht wurde der Sturm wiederholt, leider wieder mit dem negativen Erfolg.

Der Plan der Sonderbündler.

Berlin, 24. Oktober. Nach hier bei den zuständigen Stellen eingetroffenen Nachrichten geht der Plan der Sonderbündler dahin, daß Dortens den Unterrhein, Smeets den Mittelrhein und Martens den Oberrhein übernehmen soll.

Koblenz und Rheidt befreit.

Köln, 24. Oktober. In Koblenz ist es gelungen, die Sonderbündler aus den Regierungsgebäuden zu vertreiben. Nach hier eingetroffenen Meldungen ist auch Rheidt von den Sonderbündlern befreit worden.

Ein neuer Vorstoß der Sonderbündler in Trier.

Trier, 25. Oktober. Die Sonderbündler in Trier haben gestern nachmittags gegen 4 Uhr einen neuen Vorstoß unternommen. Die öffentlichen Gebäude sind wieder in ihrem Besitz.

Eine Erklärung der Reichsregierung.

Berlin, 23. Oktober. (Amtlich.) Die Ausgabe größerer Mengen werbefähiger Zahlungsmittel beginnt in den nächsten Tagen. Folgende Maßnahmen sind ergriffen:

- 1. Stücke der Goldanleihe sind ununterbrochen gedruckt worden, bis vor einiger Zeit aber hauptsächlich größere Stücke zur Verteidigung der Zeichnungen.
2. Um schon in wenigen Tagen Zahlungsmittel, auch über kleinere Beträge in den Verkehr zu bringen, ist sofort die Verteilung von Zwischenscheinen der Goldanleihe beschlossen worden.
3. Industriellen Werken, die eine für wertbefähigendes Geld geeignete Sicherheit bieten können, wird auf Antrag die Genehmigung zur Ausgabe wertbefähigender Notgeldes erteilt.

Neue Index-Ziffern.

Table with 4 columns: Date, Goldmark, Mittelkurs, Briefkurs. Rows for 22.10.1923, 23.10.1923, 24.10.1923.

Der Goldumrechnungssatz für Reichsteuern ab 24. Oktober beträgt 13 300 000 000. — Die das Finanzamt schreibt, wird derselbe vom 23. Oktober ab für den folgenden Tag in den Schalteräumen der Postämter und Postagenturen, sowie im Finanzamtgebäude durch Ausgang bekanntgemacht.

Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprecherbeleg ist mit sofortiger Wirkung auf 8 Milliarden 900 Millionen Mark festgesetzt worden.

Die Schlüsselzahlen der Reichsbahn werden mit Wirkung vom 25. Oktober abermals erhöht. Diese betragen im Personentarif 1,5 Milliarden und im Güterverkehr 3 Milliarden.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) stellt sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes in Berlin für den 22. Oktober auf das 3 045 millionenfache der Vorkriegszeit.

Deutsche Arzneitage. Die Schlüsselzahl der deutschen Arzneitage im Sinne der Ziffer 1 B wird mit Wirkung vom 24. Oktober auf 95,5 Millionen für Arzneimittel und Gefäße, im besetzten Gebiet auf 128,9 Millionen festgesetzt.

Damenkonfektion. Der Verband der Fabrikanten von Blusen, Kostümen und verwandten Artikel für den Verkehr zwischen Fabrikanten und Abnehmern hat mit Wirkung vom 22. Oktober die Schlüsselzahl auf 117 Millionen erhöht.

Die Schlüsselzahl für das deutsche Buchdruckgewerbe beträgt ab 24. Oktober 600 Millionen. Die Buchhändler-schlüsselzahl beträgt ab heute 16 Milliarden Mark.

Table with 2 columns: Date, Dollar. Rows for 24./10.23. and 25./10.23.

Volkshändlerei Pulsnitz ist jetzt wieder Donnerstag und Freitag von 6-7 Uhr geöffnet.

Vorausichtliche Witterung.

Sonnabend: Ziemlich trüb, zeitweise Regen, windig, mit. Nachher etwas kühler, vereinzelt Regenschauer, böig. Sonntag: Abwechselnd heiter und trüb, etwas Regen, etwas kühler. — Montag: Ziemlich trüb, Regen, windig, mit.

Seht die Wähler-Listen ein! Sie liegen nur noch bis nächsten Sonntag aus!

Advertisement for Hotel Schützenhaus. Sonntag, von 5 Uhr an feiner Ball. Es ladet freundlichst ein Alwin Höntsch.

Advertisement for Gasthof Pulsnitz M. S. Sonntag, 28. Oktober, von 4 Uhr an Feiner öffentlicher Ball!

Advertisement for Meyers Handlexikon. Achte Auflage. Bibliographisches Institut Leipzig. Das vollstündlichste, unentbehrlichste Nachschlagewerk!

Advertisement for Fußball-Abteilung im Turnerbund. Freitag 8 Uhr Hotel „Grauer Wolf“ Versammlung.

Advertisement for Ergrautes Haar. Spül-Apparate. Spülkannen, Clysos, Schläuche, Vorfalbinden, Unterlagen, Leibbinden, Monatsgürtel, Frauentropfen.

Advertisement for Neueste Meldungen. Sinn amtliche Aeußerung zu dem Truppeeinmarsch in Sachsen. Berlin, 25. Oktober. Das Reichswehrministerium teilt mit: Mit Bezug auf die Erklärung Dr. Zeigners im Landtage wird festgestellt: Der Truppenmarsch in Sachsen ist nur zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung erfolgt.

Advertisement for Das Rathaus wieder von den Separatisten besetzt. — Schwere Kämpfe in Cresfeld. Cresfeld, 25. Oktober. Die Sonderbündler haben gestern nachmittags das Rathaus besetzt, nachdem den Verteidigern die Munition ausgegangen war.